

Dr. Inge Gräble MdEP  
Europäisches Parlament  
Altiero Spinelli 15 E 130  
Rue Wiertz B-1047 Brüssel  
Tel.: 0032-2-2847868  
Fax.: 0032-2-2849868

## Pressemitteilung

Wer bekommt unsere Steuergelder?

Mündige Steuerbürger haben Anspruch auf die Veröffentlichung von Empfängerdaten  
MEP Dr. Inge Gräble (CDU/EVP) zur Transparenzdiskussion

"Die Transparenzdiskussion ist in einer entscheidenden Phase. Ich warne davor, den Eindruck zu erwecken, die Verwaltung und die Begünstigten von Subventionen hätten etwas zu verstecken", kommentiert die haushaltspolitische Sprecherin der EVP im Europaparlament, Inge Gräble, die gegenwärtige deutsche Diskussion um die Offenlegung von Daten der Begünstigten von EU-Subventionszahlungen; "Europas Bürger haben ein Recht zu wissen, wer letztlich von ihren Steuern in welchem Umfang mitfinanziert wird".

Die Europaabgeordnete ist überzeugt: "Wer einen Anspruch auf Förderung hat, zum Beispiel weil er mit dem Geld Arbeitsplätze schafft, braucht dies nicht zu rechtfertigen und wird auch in den Augen seiner Mitbürger nicht schlecht dastehen."

Andererseits könne die erhöhte Transparenz dazu führen, dass auch Fehlentwicklungen und Missbrauch schneller entgegengewirkt werden kann. "Deutschland kann als Nettozahler nur daran interessiert sein, dass alle an die EU abgeführten Mittel gewinnbringend angelegt werden und nicht versickern. Durch mehr Transparenz werden die Europäer nicht zu einem "Spitzelvolk" sondern können sich als informierte Staatsbürger ihre Meinung über den Sinn der Europäischen Politiken auf allen Ebenen bilden. Ich kann an alle Verwaltungsebenen nur appellieren, von einem mündigen Europa auszugehen, in dem mit mehr Transparenz die Demokratie gestärkt wird."

Diesen Ansatz will die Europaabgeordnete auch in die Verhandlungen über die Reform der Haushaltsordnung mit dem Rat mitnehmen. "Hier hat die Kommission große Vorarbeit geleistet, die von Europaparlament einstimmig mitgetragen wird. Gesichert sein muss jedoch, dass europaweit einheitliche Standards für die Veröffentlichung gelten. Ein Schwellenwert kann dabei höchstens bei 25.000 € liegen, alles andere ist Verhinderungstaktik", so die Europaabgeordnete abschließend.